

Die "BRD" ist der Nachfolger der NS Ideologie

IGH Urteil vom 3. Februar 2012, flächendeckend im ZDF verbreitet:

„Die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des 3. Reich ...“

Analog 8. Dezember 2010 – Nazi Staatsangehörigkeit „deutsch“ (siehe „PERSONalausweis“) wieder eingeführt. Verbotene Gesetzgebung der Nationalsozialisten (NsdAP = 3. Reich) immer noch aktiv. Rechtlosstellung als PERSON mit vom Vatikan aufgelösten PERSONenkult = „PERSONalausweis“ (bürgerlicher Tod) manifestiert.

Nazi-Staatsbürgerschaftsgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt

Redaktion | Jun 24, 2011 |

Merke: Bedienstete in der Exekutive, Judikative und Verwaltung, alle als Reichsbürger registriert

Leipzig/Eisenach/Geisa (Rhön). Das sogenannte Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland gerät weiter ins Zwielflicht. Es wird nun in den Strudel des Rechtsextremismus gezogen. Mit dem vor wenigen Monaten geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz vom 8. Dezember 2010 hat der "Bundesgesetzgeber" (ungültig seit 1956 durch ungültiges Bundeswahlgesetz!) diesen fundamentalen Rechtsbereich nunmehr auf die Basis eines Gesetzes aus der Zeit des Nationalsozialismus gestellt. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nunmehr nicht wie bisher auf das entsprechende Gesetz aus dem Jahr 1913 (RuStAG) zurückgeführt, sondern auf den Sockel eines von den Nationalsozialisten verabschiedeten Gesetzes vom 5. Februar 1934 gesetzt (Reichsbürgerverordnung die verboten ist!) Damit werden Bürger, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, automatisch einem NS-Gesetz unterworfen. Damit der skandalöse Schwenk keine öffentlichen Wellen schlägt, wurde er stillschweigend vollzogen und ist nur im nichtamtlichen Teil der Bundesdrucksachen zu finden.

Die eingetretene gravierende Schiefelage wurde bislang auch nicht korrigiert. Für die kaum zufällige Geschichtvergessenheit sprechen jüngste Ereignisse und Aussagen, die an diesem Wochenende Schlagzeilen machten. Es wurden frische Nebelschwaden über das langsam erwachende kritische Rechtsbewusstsein der Bevölkerung gebreitet, um das seit dem Jahre 1913 rechtskräftige und vom Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigte Ursprungsgesetz über die deutsche Staatsbürgerschaft klammheimlich zu versenken und der Öffentlichkeit zu entziehen.

Eine erste Serie von Nebelkerzen wurde zum 17. Juni - dem Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR - abgeschossen. Anstatt über die wahre veränderte Rechtslage zu informieren, wurden die üblichen Gedenk- und Sonntagsreden bar jedes neuen Denkanstoßes gehalten.

Der als kritischer Geist geltende, sächsische Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz behauptete am Freitag im Rundfunk, daß es für ihn nach dem Jahr 1989 nur die Möglichkeit zu einer wirkungsvollen politischen Betätigung in der Christlich-Demokratischen Union (CDU) gegeben habe. Daß er sich damit zwar in den alten bundesdeutschen Parteiapparat eingliedern ließ, jedoch einer kompromisslosen Politik für die Bürgerbewegung und einem tatsächlichen Engagement für die Schaffung eines souveränen deutschen Staates entzogen hat, verschweigt er geflissentlich. Auch er erzählt eifrig das Märchen von der Wiedervereinigung zweier deutscher Staaten, die dies spätestens seit Juli 1990 gar nicht mehr - wenn überhaupt - waren und deren Teilgebiete bis zum heutigen Tag dem Besatzungsstatus der Siegermächte unterliegen.

Die Notwendigkeit eines Friedensvertrages und einer vom deutschen Volk zu verabschiedenden Verfassung, um den souveränen, unabhängigen und völkerrechtlich präsenten Staat Deutschland herbeizuführen, ist für Vaatz ebenso kein erwähnenswertes Thema. Die Anfang der 90er Jahre ins Leben gerufene Kommission zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes stellte ergebnislos im Stillen ihre Arbeit ein. Damit wurde die im Bereich des Möglichen liegende Souveränität eines deutschen Staates preisgegeben.

Die Deutschen müssen - wie schon so oft in der Geschichte - erst von ausgewiesenen Experten aufgefordert werden, endlich das "demokratische Erbe" ihrer unvollendet gebliebenen Revolution von 1848/49 aufzugreifen, um tatsächlich ihre staatliche Einheit und Souveränität herzustellen. Zu diesen gehört Valentin Falin, der ehemalige russische Spitzendiplomat. Er hat das Zustandekommen der internationalen politischen Nachkriegsarchitektur persönlich an der vordersten Stelle miterlebt und mitgestaltet. Auch nach seiner Auffassung ist das angeblich wiedervereinigte Deutschland ohne Friedensvertrag und ohne eine gültige, vom Volk bestätigte Verfassung nicht souverän.

Daß die Bundesrepublik Deutschland nunmehr den Bürgern ein Staatsbürgerschaftsgesetz aus der Zeit des Nationalsozialismus unterjubelt und wissende oder unwissende Reichsbürger als juristische PERSONEN produziert, ist ein weiterer Gipfelpunkt der Unverfrorenheit und des politischen Betrugs. Zudem verstößt das grob gegen die internationalen Vertragswerke, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den Vereinten Nationen nach dem Jahr 1945 in Kraft gesetzt wurden.